



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Herrn
Dr. Robert Habeck MdB
Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz

- Per E-Mail -

Berlin, 10. Februar 2024

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

in der Analyse sind wir uns, wie es aussieht, mittlerweile einig: Der Wirtschaftsstandort Deutschland verliert mehr und mehr an Wettbewerbsfähigkeit. Das macht uns große Sorgen. Viele ökonomische Indikatoren sprechen eine deutliche Sprache. Deutschland gehört unter den Industrieländern beim Wachstum zu den Schlusslichtern. Ob Steuern und Abgaben, Energiepreise, Bürokratie und Regulierung oder die Situation auf dem Arbeitsmarkt – in all diesen Bereichen werden deutsche Unternehmen überdurchschnittlich belastet bzw. finden nachteilige Rahmenbedingungen vor. Dies muss sich grundlegend ändern. Denn es geht nicht um eine konjunkturelle Delle, sondern um strukturelle und langfristige Veränderungen, die unserem Land und seinem Wohlstand zusetzen.

Wir als Wirtschaftspolitiker der Unionsfraktion haben mehrfach versucht, mit Ihnen dazu ins Gespräch zu kommen. Sie wissen, dass wir Sie seit Ihrem Regierungsantritt sowohl mündlich als auch schriftlich eingeladen haben - bisher jedoch vergeblich. Leider haben Sie die angebotenen Treffen mit unserer Arbeitsgruppe Wirtschaft in den zwei Jahren Ihrer Regierungszeit nicht wahrgenommen. Das irritiert uns - denn öffentlich werden Sie nicht müde, die Opposition zur Zusammenarbeit aufzurufen. Wir möchten unsere Einladung noch einmal bekräftigen und deutlich machen, dass wir alles unterstützen, was den Wirtschaftsstandort Deutschland wettbewerbsfähiger macht und im

Jens Spahn MdB
Stellvertretender Vorsitzender

Platz der Republik 1
11011 Berlin
T 030. 227-79309
jens.spahn@bundestag.de
www.cducusu.de

Julia Klöckner MdB
Wirtschaftspolitische Sprecherin

Platz der Republik 1
11011 Berlin
T 030. 227- 73750
julia.kloeckner@bundestag.de
www.cducusu.de

Einklang mit der Sozialen Marktwirtschaft steht. Aus unserer Sicht könnten sehr zügig noch in diesem Quartal folgende Maßnahmen auf den Weg gebracht werden:

1. Die Begrenzung der Sozialabgaben bei 40 % des Bruttoarbeitslohns wieder einzuführen;
2. Überstunden für Vollzeitbeschäftigte steuerlich zu begünstigen;
3. Die ersten 2.000 Euro Arbeitseinkommen im Jahr für Rentner steuerfrei zu stellen;
4. Stärkere Sanktionen für verweigerte Arbeitsannahme im Bürgergeldbezug vorzunehmen;
5. Steuerliche Entlastungen für Unternehmen umzusetzen. Sowohl Sie als auch der Bundesfinanzminister haben steuerliche Entlastungen für Unternehmen in Aussicht gestellt. Wenn Ihre Ankündigungen abermals folgenlos bleiben, wird dies zu einer weiteren Verunsicherung und Frustration bei vielen Unternehmen führen. Deshalb braucht es jetzt eine spürbare Senkung der Belastung der Unternehmen, etwa über eine Senkung der Steuern für im Unternehmen verbleibende (thesaurierte) Gewinne auf ein wettbewerbsfähiges Niveau von 25 Prozent;
6. Die Stromsteuer dauerhaft auf das europäische Minimum zu senken (0,05 Cent/kWh) sowie die Netzentgelte zu halbieren;
7. Die Steuererhöhungen für Landwirte vollständig zurückzunehmen;
8. Mehr Flexibilität für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, indem eine Wochen- statt der begrenzten Tagesarbeitszeit eingeführt wird, sowie mehr Flexibilität bei der Arbeitszeiterfassung;
9. Das Vorhaben „Europäische Lieferkettenrichtlinie“ zu stoppen und die Anwendung des deutschen Lieferkettengesetzes auszusetzen und zu überarbeiten;

10. Den mit den Ländern vereinbarten Pakt für Planungsbeschleunigung bis Ostern zu verabschieden. Zusätzlich sollte eine Genehmigungsfiktion bei Planungs- und Genehmigungsverfahren eingeführt werden: Wenn ein genehmigungsfähiges unternehmerisches Vorhaben nach drei Monaten nicht von den zuständigen staatlichen Behörden beschlossen worden ist, so gilt es als genehmigt;
11. Eine solche Genehmigungsfiktion auch in das Baurecht für den privaten und gewerblichen Wohnungsbau einzuführen, denn damit könnte der Wohnungsbau in Deutschland schneller aus der Krise heraus kommen;
12. Ein Belastungsmoratorium umzusetzen, mit dem bis Ende 2025 keinerlei zusätzliche Bürokratie für Wirtschaft und Bürger entsteht.

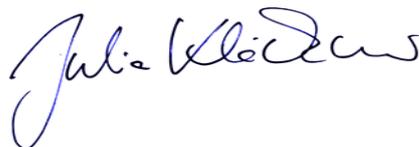
Auch haushaltspolitisch wäre ein wirksamer Wachstumsimpuls positiv. Wenn Deutschland ein Wachstum wie der Durchschnitt der Eurozonen-Länder hätte, wären damit deutliche Mehreinnahmen von ca. 20 Milliarden Euro verbunden.

Unser Fraktionsvorsitzender Friedrich Merz hat sich ebenfalls in einem Schreiben an den Bundeskanzler zur wirtschaftlichen Lage unseres Landes gewandt und auf notwendige Maßnahmen verwiesen. Gerne laden wir Sie ein, sich mit uns über ein Maßnahmenpaket für den Wirtschaftsstandort Deutschland auszutauschen.

Herzliche Grüße



Jens Spahn MdB



Julia Klöckner MdB